

Antrag der CDU/ FBI Gruppe

Die CDU/ FBI Gruppe beantragt, dass der Verwaltungsausschuß in seiner nächsten Sitzung (21.01.2023) beschließt, dass die Einnahmen, die der Gemeinde auf Grundlage der §§ 6 und 100Abs. EEG 2023 zukünftig zustehen werden zweckgebunden für den Straßenausbau in der Gemeinde einzuplanen.

Begründung:

Seit dem März dieses Jahres ist die o.a. EEG-Novelle in nationales Recht umgewandelt und anwendbar. Dadurch stehen den Kommunen von jeder neu installierten WEA, die eine Leistung von 1 MW und mehr erzielt 0,2 Eurocent aus den erzielten Erträgen zu. Diese zusätzlichen Einnahmen sollen dafür verwendet werden, die Mittel für den Straßenausbau verbindlich festzuschreiben, um die Einwohner der Gemeinde in dem Bereich des Straßenausbau finanziell zu entlasten. Das wäre eine Maßnahme, die mittelfristig jedem Einwohner in der Gemeinde zu Gute kommen würde.